

Stellungnahme von pro familia Schleswig-Holstein**Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder umfassend und nachhaltig verbessern (Drucksache 20/3057)**

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Katja Rathje-Hoffmann (Vorsitzende)**

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5124

Für mehr Gerechtigkeit und Unterstützung für Alleinerziehende

Die Lebensrealität Alleinerziehender muss endlich ernst genommen und politisch spürbar verbessert werden. Rund 90 % der Alleinerziehenden sind Frauen – sie tragen die Hauptlast der Verantwortung für ihre Kinder, häufig unter enormer finanzieller, psychischer und struktureller Belastung. Trotz ihrer zentralen Rolle für unsere Gesellschaft werden Alleinerziehende systematisch benachteiligt.

1. Steuerliche Entlastung – gerecht gestalten

Alleinerziehende zahlen im Verhältnis zu Paarfamilien unverhältnismäßig viele Steuern, obwohl ihnen deutlich weniger finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Die derzeitige steuerliche Entlastung durch den Entlastungsbetrag reicht bei Weitem nicht aus. Wir fordern eine deutliche Anhebung und automatische Anpassung an die Lebenshaltungskosten – ohne bürokratische Hürden. Nicht nur Eltern profitieren von Entlastungen, sondern vor allem auch die Kinder durch fairere Startbedingungen. Kinder alleinerziehender Eltern haben ein höheres Risiko, in die Kinderarmut zu rutschen.

2. Elterngeld – erhöhen und verlängern

Elterngeld ist für viele Alleinerziehende eine unverzichtbare Brücke in der ersten Lebenszeit ihres Kindes. Doch gerade sie können nicht vom „Partnermodell“ profitieren. Hinzu kommen bürokratische Hürden; Ewiges Warten auf essentiell wichtige Dokumente, wie die Geburtsurkunde, wodurch sich Beantragung und Auszahlung von Leistungen enorm verzögern. So stehen viele Alleinerziehende wochenlang ohne Geld da. Eine bedarfsgerechte Erhöhung und Verlängerung des Elterngeldes für Alleinerziehende ist überfällig – auch um Kinderarmut von Anfang an zu verhindern.

3. Wohngeld und Kinderzuschlag – flexibel gestalten

Wenn eine finanzielle Notlage durch die Geburt eines Kindes entsteht, greifen Leistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag oft nicht – wegen eines starren sechsmonatigen Bemessungszeitraums. Diese Regelung benachteiligt insbesondere Alleinerziehende massiv und gehört dringend reformiert. Hilfe muss ab dem tatsächlichen Bedarf greifen, nicht mit monatelanger Verzögerung.

4. Unterhaltsvorschuss – Zugang entbürokratisieren

Viel zu oft berichten Frauen von Demütigungen bei der Beantragung des Unterhaltsvorschusses – insbesondere, wenn sie den Erzeuger nicht benennen können. Aussagen wie „Wissen Sie nicht mehr, welcher von den Hunderten es war oder was?“ sind absolut respektlos und unhaltbar. Die Zugangshürden müssen dringend abgebaut werden, die Antragsstellung darf keine psychische Belastungsprobe sein. Darüber hinaus muss die Höhe des Unterhaltsvorschusses dringend nach oben hin korrigiert werden. 227 € in den ersten fünf Lebensjahren des Kindes um die finanzielle Bringschuld des zweiten Elternteils zu kompensieren? Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

5. Vorrang in der Kinderbetreuung

Alleinerziehende müssen bei der Vergabe von Kita- und Krippenplätzen sowie bei Notbetreuung vorrangig berücksichtigt werden. Ohne verlässliche Betreuung ist keine Erwerbstätigkeit möglich – und keine Entlastung. Hier braucht es klare gesetzliche Regelungen und verbindliche Priorisierung. Ebenso müssen Alleinerziehende bei Tagen mit Notbetreuung bevorzugt berücksichtigt werden. Betreuungszeiten müssen ausgeweitet (inkl. Not- und Ferienbetreuung) und die Gebühren reduziert werden. Schleswig-Holstein gehört zu den Bundesländern mit den höchsten Kita-Gebühren. Die Altersgrenze von 12 Jahren für den Anspruch auf Kinderkrankentage sollte heraufgesetzt werden.

6. Konsequenzen bei Zahlungsverweigerung von Unterhaltspflichtigen

In Deutschland zahlen nur etwa ein Drittel der unterhaltspflichtigen Väter, die eigentlich finanziell dazu in der Lage wären. Diese Verweigerung wird zu oft hingenommen. Es braucht strengere Konsequenzen, mehr Nachverfolgung und wirksame Sanktionen – im Interesse der Kinder, die ein Recht auf finanzielle Absicherung haben. Hochstrittige Trennungen nehmen zu – oft entziehen sich die Väter ihrer Verantwortung, nicht nur finanziell, sondern auch in der Care-Arbeit. Mit Sorge beobachten wir, wie Eltern nach einer Trennung das gemeinsame Sorgerecht zugesprochen wird, obwohl bspw. der Vater gewalttätig gegenüber seiner Partnerin und/ oder den Kindern war.

7. Mehr Unterstützung und Angebote vor Ort

Alleinerziehende brauchen wohnortnahe Anlaufstellen, Beratungsangebote, Gesundheitskuren und Treffpunkte, um sich zu vernetzen und Unterstützung zu erfahren. Diese Angebote müssen flächendeckend verfügbar und unkompliziert zugänglich sein. Alleinerziehende sind auf dem Arbeitsmarkt oft benachteiligt. Es braucht mehr Zielgruppen-spezifische Qualifizierungs- und Umschulungsangebote sowie flexible Weiterbildungsprogramme bspw. durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter. Die Kinder benötigen eine Elternunabhängige Ausbildungsförderung.

8. Zugang zu Wohnraum – keine strukturelle Benachteiligung

Alleinerziehende sind auf dem angespannten Wohnungsmarkt häufig benachteiligt. Vermieter bevorzugen Paare mit zwei Einkommen, während Alleinerziehende oft mit Vorurteilen und Ablehnung konfrontiert werden. Gleichzeitig fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Wir fordern: deutlich mehr sozialen Wohnungsbau, ein nachweisbarer und unbürokratischer Anspruch auf den Wohnberechtigungsschein (§5-Schein) sowie klare Antidiskriminierungsregelungen für Alleinerziehende auf dem Wohnungsmarkt. Wohnen ist ein Grundrecht – auch für Ein-Eltern-Familien.

Fazit: Alleinerziehende sind kein Randthema. Sie sind systemrelevant – für die Zukunft unserer Kinder und die Stabilität unserer Gesellschaft.

Es ist höchste Zeit, dass politische Maßnahmen nicht länger an der Lebenswirklichkeit Alleinerziehender vorbeigehen. Es geht um Gleichstellung, um Kinderschutz und um Gerechtigkeit. Sorgen Sie für ein Schleswig-Holstein, in dem auch Ein-Eltern-Familien gut und sicher leben können.